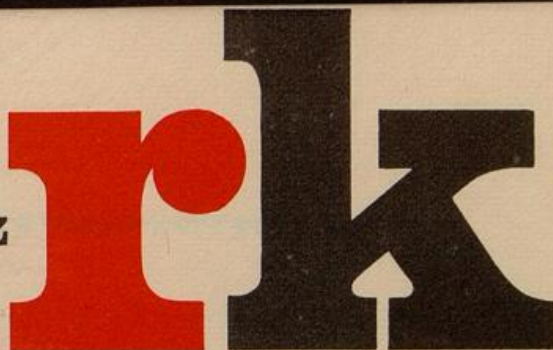


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Donnerstag, 25. Oktober 1979

Blatt 2663

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz"

Kommunal: Altpapierrecycling: Modellversuch in städtischem Bürohaus
(rosa) Schulverkehrsgarten für Penzing

Wohnbauvereinigung "Junge Generation" diskutiert Energie-
sparmaßnahmen

25 Jahre Erwachsenenbildung durch die Österreichischen
Bildungswerke

Offener Brief an "Vorarlberger Nachrichten"

Fröhlich-Sandner: Sonderkindergärten haben sich längst bewährt
Konstituierung des Drogenbeirates

Kultur: Bezirksmuseum für Donaustadt

(gelb) Zweites Österreich-Gespräch: Kunst für das Publikum

Nur

über FS: 25.10. Neue Haltestelle für "64 A" und "160 A"
Bagger riß Gasrohr ab

k o m m u n a l :

=====

altpapierrecycling: modellversuch in staedtischem buerohaus

1 wien, 25.10. (rk) viel papier faellt bekanntlich vor allem in buerogebaeuden an. bisher ist es allerdings kaum gelungen, dieses altpapier in verwertbarer qualitaet und menge zu sammeln und wieder-zuverwerten.

diese luecke soll jetzt durch einen modellversuch, den die stadt wien in einem ihrer buerogebaeude durchfuehrt, geschlossen werden: die ma 22 wird gemeinsam mit einem mitarbeiter der wirt-schaftsuniversitaet wien ein sammelsystem fuer altpapier im be-hoerden- beziehungsweise buerobereich entwickeln.

als repraesentatives amtshaus wurde dabei das buerogebaeude am modenapark ausgewaehlt. hier werden in naechster zeit eigene be-haelter fuer die getrennte einsammlung von altpapier beziehungs-weise muell aufgestellt. genaue information der mitarbeiter im amts-haus am modenapark soll entsprechende erfolge bei der altpapier-sammlung und damit bei der wiederverwertung garantieren.

der versuch selbst, in dessen rahmen ein optimales sammel-system gefunden werden soll - aehnliche versuche wurden in den ver-einigten staaten bereits erfolgreich erprobt - soll zunaechst bis oktober 1980 durchgefuehrt und von einer wissenschaftlichen unter-suchung begleitet werden. die dafuer notwendigen kosten von knapp 400.000 schilling wurden vom gemeinderatsausschuss umwelt und frei-zeit genehmigt. (hs)

0838

25. oktober 1979

'rathaus-korrespondenz'

blatt 2665

k o m m u n a l :

=====

schulverkehrsgarten fuer penzing

2 wien, 25.10. (rk) die errichtung eines schulverkehrsgartens auf dem areal des gesperrten huetteldorfer bades im ferdinand wolf-park wuenscht die bezirksvertretung penzing. ein diesbezuglicher antrag wurde einstimmig beschlossen. auf dem rest des freigewordenen areals soll ein kinderspielplatz, eventuell mit radfahrmoeglichkeit, gestaltet werden.

in der begruendung des antrags wird angefuehrt, dass die beiden bestehenden schulverkehrsgaerten an der prater hauptallee in der leopoldstadt und bei der nordbruecke in floridsdorf nicht nur fuer die penzinger, sondern fuer alle schueler im westen wiens nur schlecht und mit viel zeitaufwand zu erreichen sind. eine intensivierung der praktischen verkehrserziehung fuer die schulkinder in penzing ist daher kaum moeglich. ein neuer schulverkehrsgarten im 14. bezirk koennte auch von schulen anderer bezirke im westen von wien genuetzt werden. (am)

0840

k u l t u r :

=====

bezirksmuseum fuer donaustadt

3 wien, 25.10. (rk) wie andere bezirke soll auch donaustadt ein bezirksmuseum erhalten. wie kulturstadtrat dr. helmut z i l k berichtete, wird zu diesem zweck das ehemalige pferdestrassenbahn-depot auf dem kagraner platz umgebaut. damit bleibt auch ein im ersten viertel dieses jahrhunderts errichteter bau erhalten, der einen charakteristischen akzent im ortsbild von kagran setzt.

im rahmen der altstadterhaltung wurden auch insgesamt rund 5 millionen s zur foerderung von renovierungen bewilligt. die palette der gefoerderten bauten - wertvolle einzelobjekte und erhaltenswerte teile staedtischer ensembles - reicht vom barock bis zum historismus. neben dem fuer das grinzinger ortsbild wichtigen haus cobenzlgasse 17, einem haus aus der ersten haelfte des 18. jahrhunderts in der penzinger strasse 66 und einem schoenen spaethistorischen wohnhaus am draschepark ist besonders die rekonstruktion eines geschaeftslokals am petersplatz zu erwaehnen, die auch vorbildwirkung fuer aehnliche vorhaben in der innenstadt haben soll. (gab)
0842

k o m m u n a l :

=====

wohnbauvereinigung "junge generation" diskutiert
energiesparmassnahmen

6 wien, 25.10. (rk) "wie spart man energie?" - diese frage wurde am donnerstag auch von der wohnbauvereinigung "junge generation" diskutiert, die derzeit immerhin 5.438 wohnungen mit energie zu versorgen hat. an der diskussion nahmen fachleute aller mit dem themenkreis des energiesparens befassten disziplinen sowie wohnen-stadtrat johann h a t z l und der vorsitzende der wohnbauvereinigung gemeinderat ernst n u s s b a u m teil. im verlauf der gespraechе kristallisierten sich folgende vier schwerpunkte fuer die einsparung von energie heraus:

- o zusaetzliche waermedaemmung der aussenseiten von wohnhaeusern sowie die umstellung von gewoehnlichen fenstern auf thermikfenster.
- o verbesserung der heiztechnischen anlagen.
- o ueberpruefung der moeglichkeiten, wie weit ein mischsystem von pauschalkostenverrechnungen und individueller heizkostenverrechnungen energieeinsparungen bewirken koennte.
- o finanzierung zusaetzlicher, bisher nicht oeffentlich gefoerderter waermeschutzmassnahmen, die jedoch nicht zu lasten der mittel der wohnbaufoerderung gehen duerfen.

wohnen-stadtrat hatzl vertrat die ansicht, dass die frage des energiesparens bereits bei der planung von wohnbauten und bei der bauphysik, beziehungsweise bei der waermedaemmung und der architektur staerker beruecksichtigt werden sollte. ausserdem will hatzl ueberpruefen lassen, wieweit auch in gemeindebauten durch die verrechnungsart heizkosten gespart werden koennten. schliesslich betonte der wohnen-stadtrat erneut seine absicht, bei der wohnbaufoerderung die bestimmungen der waermedaemmung zu verschaeerfen. (ba)

k o m m u n a l :

=====

25 jahre erwachsenenbildung durch die oesterreichischen bildungswerke

7 wien, 25.10. (rk) die erwachsenenbildung gewinnt immer mehr an bedeutung, immer mehr menschen nehmen die einrichtungen und institutionen fuer ihre weiterbildung in anspruch. dies geht aus einer statistik der oesterreichischen bildungswerke - die am freitag ihr 25 jahr-jubilaeum feiern - hervor. 1957 gab es 446 oertliche bildungswerke mit 9.618 veranstaltungen und 1.171.769 besuchern. 1977 hatte sich die zahl auf 1.081 institutionen, in denen nahezu 26.000 veranstaltungen mit rund 2 millionen besuchern durchgefuehrt wurden, vermehrt.

in der jubilaeumsfeier im wiener kuenstlerhaus wird als ehren-gast vizebuergemeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r teilnehmen. auf initiative der vizebuergemeisterin hat das wiener volksbildungswerk seine aktivitaeten umfassend ausgebaut. sie reichen von kulturellen veranstaltungen in den aussenbezirken - wofuer es eine eigens geschaffene fachgruppe "schoepferische freizeit" gibt - bis zu beratungen bei verschiedenen hobbies. auch die in wien bereits sehr beliebten kulturwanderwege, hausmusikveranstaltungen und baedertheater werden vom wiener volksbildungswerk durchgefuehrt. (ba)

1044

k o m m u n a l :

=====

offener brief an "vorarlberger nachrichten"

8 wien, 25.10. (rk) finanzstadtrat h a n s m a y r richtete donnerstag an den chefredakteur der "vorarlberger nachrichten", prof. dr. f r a n z o r t n e r , einen offenen brief, den die "rk" im vollen wortlaut wiedergibt. anlass des offenen briefes ist ein artikel in den "vorarlberger nachrichten" vom 10. oktober dieses jahres, in dem wien als bundesland und gemeinde vorgeworfen wird, aus dem gemeinsamen steuerkuchen ein groesseres stueck abzuschneiden als wien zukommt. dazu schreibt stadtrat mayr:

"ich erlaube mir, zum artikel vom 10. oktober 1979 in den 'vorarlberger nachrichten' betreffend den 'oesterreichischen steuerkuchen' stellung zu nehmen. in dem genannten artikel wird ausgefuehrt, dass die bundeshauptstadt bevorzugt sei, weil auf sie nur 21,66 prozent der bevoelkerung, aber 24,65 prozent der ertragsanteile entfallen. dazu darf ich feststellen, dass im finanzausgleich als kriterien fuer die bedarfsmessung fuer die laender die einfache volkszahl, fuer die gemeinden die abgestufte bevoelkerungszahl verankert sind. der anteil wiens an der abgestuften volkszahl betraegt rund 29,1 prozent. bildet man, da wien gleichzeitig die aufgaben eines landes und die einer gemeinde zu erfuehlen hat, den mittelwert von einfachem und abgestuftem bevoelkerungsschluessel, ergibt sich ein fiktiver anteil wiens von 25,4 prozent, also mehr als der tatsaechliche. im uebrigen liegt auch der anteil des landes vorarlberg und seiner gemeinden an den ertragsanteilen mit 3,94 prozent um fast 10 prozent ueber seinem bevoelkerungsanteil.

im zusammenhang mit der wohnbaufoerderung wird behauptet, dass wien wegen der beruecksichtigung des lohnsteueraufkommens bei der vergabe der wohnbaufoerderungsgelder mit fast 600 mio s bevorzugt werde. es ist richtig, dass das lohnsteueraufkommen wiens aus den genannten gruenden ueberhoehrt ist, doch muss es als demagogisch bezeichnet werden, wenn der gesamte betrag, der wien aus der regelung, dass 15 prozent der wohnbaufoerderungsmittel nach dem aufkommen an veranlagter einkommensteuer und lohnsteuer verteilt werden, zufließt, als 'vorzug' bezeichnet wird. selbst der groesste wien-

gegner wird zugestehen muessen, dass ein erheblicher teil der veranlagten einkommensteuer und der lohnsteuer echt von wienern aufgebracht wird, vor allem wenn man beruecksichtigt, dass in wien die erwerbsquote um 10 prozent hoeher liegt als im uebrigen oesterreich. im uebrigen war man sich bei der heranziehung dieses schluessel-elements sehr wohl der besonderen problematik des oertlichen aufkommens bewusst. er wurde gewaehlt, um beim uebergang auf das neue aufteilungssystem ein zu starkes und ungerechtfertigtes absinken des wiener anteils an der wohnbaufoerderung zu vermeiden. dass so wie in vorarlberg auch in wien beträchtliche mittel fuer den wohnbau fehlen, braucht angesichts von 175.000 substandardwohnungen beziehungsweise 365.000 wohnungen aus der zeit vor 1919 wohl nicht besonders betont zu werden.

von einer 'grundsatzlichen besserstellung der bundeshauptstadt' zu sprechen, ist ein verkennen der tatsachen, unbestritten ist, dass in der verteilung der steuerertraege ein bedeutender mittelabfluss aus wien stattfindet. selbst wenn man das echte aufkommen wiens an den gemeinschaftlichen bundesabgaben mit lediglich 30 prozent beziffert, betrug 1977 der abfluss 2,5 mrd. s, das ist ein fuenftel der wiener ertragsanteile. nicht weniger bedeutend sind aber die mittel, die indirekt aus wien abfliessen. wenn herr landesstatthalter dr. mandl die 'besondere lage der grossraeumigen laender' beruecksichtigt wissen will, muss auf die enormen summen hingewiesen werden, die im bundesbudget fuer solche massnahmen enthalten sind und die auch zu gut einem drittel von den wiener steuerzahlern finanziert werden. auch der wasserwirtschaftsfonds, zu einem erheblichen teil aus in wien aufgebrachten mitteln gespeist, kommt fast zur gaenze fuer projekte ausserhalb wiens zum einsatz.

wenn schliesslich geklagt wird, dass die 10jaehrigen intervale der volkszaehlung ein unrecht darstellten, da wien wegen des bevoelkerungsrueckgangs steuermittel fuer einwohner zugewiesen werden, die es gar nicht mehr gibt, waehrend vorarlberg fuer alle jungen buerger, die nach der volkszaehlung 1971 geboren wurden, noch keinen schilling erhalte, dann darf vom standpunkt wiens eine kleine gegenrechnung aufgestellt werden, naemlich den familienlastenausgleich betreffend. der aufwand des familienlastenausgleichs-

fonds allein fuer familienbeihilfen und geburtenbeihilfen wird 1979 rund 25,4 mrd. s betragen. mindestens 30 prozent davon werden durch die beitrags- und steuerleistung der wiener aufgebracht, also rund 7,6 mrd. s, wogegen der kinderanteil wiens bei unter 15 prozent liegt, so dass mehr als die haelfte dieses von wienern aufgebracht betrages oder rund 4 milliarden in die bundeslaender mit einem hoeheren kinderanteil fliessen, wobei nicht einmal wenigstens alle 10 jahre durch die volkszaehlung eine korrektur herbeigefuehrt wird. vorarlberg hat von diesem kuchen sicher keinen geringen anteil.

wenn sich daher in vorarlberg jemand benachteiligt fuehlt, dann ist sicher nicht wien der richtige adressat fuer solche beschwerden, denn behauptungen von einer bevorzugung wiens entbehren, wie hier nur skizzenhaft nachzuweisen versucht wurde, jeder grundlage."

k o m m u n a l :

=====

froehlich-sandner: sonderkindergaerten haben sich laengst bewaehrt

10. wien, 25.10. (rk) die vier sonderkindergaerten der stadt wien sind eine laengst bewaehrte einrichtung, stellte vizebuergerrmeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r bezugnehmend auf die hoerfunksendung ''morgen-journal'' am donnerstag zur ''rathaus-korrespondenz'' fest. in der sendung wird das fehlen von kindergaerten, in denen behinderte kinder gemeinsam mit gesunden kindern betreut werden, bedauert. froehlich-sandner stellte richtig, dass es in wien derzeit vier sonderkindergaerten gibt, von denen drei sowohl gruppen fuer nichtbehinderte wie behinderte kinder fuehren. bereits im jahr 1949 wurde ein sonderkindergarten im auerwelsbach-park eroeffnet. er bietet 106 kindern zwischen 3 und 6 jahren platz. in fuenf gruppen zu je 16 kindern werden behinderte kinder betreut. eine weitere gruppe ist den nichtbehinderten kindern vorbehalten. die ''normalgruppe'' hilft den sonderkindergaertnerinnen, das zusammenleben von behinderten und gesunden kindern zu beobachten. 1972 wurde der fuenfgruppige sonderkindergarten in wien 21, franklinstrasse 28, und 1978 der ebenfalls fuenfgruppige sonderkindergarten in wien 12, endergasse 1, errichtet. (ba)

1302

k u l t u r :

=====

zweites oesterreichgespraech: kunst fuer publikum

11 wien, 25.10. (rk) die "publikumsfoerderung" - die kulturelle anregung der bevoelkerung - und die verstaerkte mitbestimmung der kuenstler in fuer sie wesentlichenfragen stellten sich als kernpunkte des 2. oesterreichgespraechs bei der abschlussveranstaltung im alten rathaus heraus.

wie schon beim ersten oesterreichgespraech nahm kulturstadtrat dr. helmut z i l k die diskussionsbeitraege als basis konkreter plaene wahr: so sollen im sinne der "publikumsfoerderung" sobald wie moeglich pilotprojekte gestartet werden, die eine arbeit des kuenstlers im "sozialen sinn" ermoeglichen, und so dem kunstverstaendnis der bevoelkerung und dem gegenseitigen verstaendnis von bevoelkerung und kuenstler dienen. mit der aktion kuenstler in den betrieben wurde diesbeueglich schon ein anfang gemacht. auch die verstaerkte zusammenarbeit von bund und land im bereich der bildenden kunst - hier ist neben einer geplanten siegmund freud-ausstellung im museum der modernen kunst besonders die planung eines kommunikations- und kunstzentrums im messepalast hervorzuheben - steht im sinne der forderungen nach einem verbesserten zugang der bevoelkerung zur kunst und zum kuenstler. auch ein verbesserter zugang zu den museen und die einrichtung von informationsgalerien - also nicht verkaufsorientierter, subventionierter galerien - stand zur diskussion.

ein problem, das sowohl kuenstler wie auch die bevoelkerung beuehrt, ist die stellung der "kunst am bau". hier soll der kuenstler von anfang an in den planungsprozess miteinbezogen werden, und nicht mehr ausschliesslich als dekorateur fertiggestellter bauwerke wirken. kulturstadtrat zilk betonte aber auch die stellung der bevoelkerung, der als benuetzer der bauwerke ebenfalls eine mitbestimmung bei der kuenstlerischen ausgestaltung zustehe.

als besonders wichtig fuer die kuenstlerschaft bezeichnete zilk ein mitbestimmungsmodell, das den kuenstlern die mitbestimmung im rahmen der kunstfoerderung ermoeglichen soll. eine geeignete

25. oktober 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2674

plattform fuer die kommunikation zwischen den kuenstlern und der verwaltung sollte durch eine verbesserte organisation der kuenstler in den sie vertretenden vereinen moeglich werden, wodurch auch eine verbesserung der sozialen verhaeltnisse der kuenstler erreicht werden koennte.

die konkretisierung dieser vorhaben koennte einen wesentlichen fortschritt sowohl in bezug auf die demokratisierung des kunstbetriebs und die soziale besserstellung der kuenstler wie auch die annaeherung der bevoelkerung an die kunst im sinne eines auch in kuenstlerischen belangen muendigen buergers bedeuten. (gab)

1337

k o m m u n a l :

=====

konstituierung des drogenbeirates

12 wien, 25.10. (rk) donnerstag fand unter dem vorsitz von vize-
buergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r und
gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois
s t a c h e r die konstituierung des beirates fuer fragen des
drogenmissbrauches und der drogenabhaengigkeit statt. zum vor-
sitzenden wurde der aerztliche direktor des psychiatrischen kranken-
hauses der stadt wien baumgartner hoehe, univ.-doz. dr. heinz
g a b r i e l , zu seinen stellvertretern prim. dr. guenter
p e r n h a u p t , leiter der drogenstation in kalksburg, und
omr. dr. karl g r a f vom jugendamt der stadt wien, gewaehlt.
die neue einrichtung setzt sich aus vertretern der geschaeftsgruppen
fuer bildung, jugend, familie und gesundheit und soziales sowie
drogenspezialisten und vertretern des stadtschulrates zusammen.
zu den aufgaben des beirates gehoert unter anderen:
o beratung aller laufenden initiativen und massnahmen
o koordinierung der initiativen und massnahmen
o beratung von selbsthilfegruppen (wie zum beispiel elternvereini-
gungen) und aehnlichen organisationen. (zi)

1339